



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz
2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@lra-
ed.de

Erding, 10.10.2011
Az.:

19. Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 26.09.2011

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Bendl, Roswitha

Biller, Josef

Eichinger, Gertrud

i.V.v. Dieckmann Ulla

Hofstetter, Franz Josef

Huber, Martin

Mehringer, Rainer

Mittermaier, Georg

i.V.v. Grundner Heinz

Oberhofer, Michael

i.V.v. Hagl Monika

Peis, Hans

Schmidt, Horst

i.V.v. Gruber Michael

Seeger, Hannelore

Wiesmaier, Hans

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fuchs-Weber Karin

Helfer Helmut (zu TOP 2)

Gutt Georg (zu TOP 3 bis 6)

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina



Ferner nehmen teil:

Frau Huther, Vorsitzende des Nachbarschaftsbeirats (zu TOP 1)

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:05 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Information über die Arbeit des Nachbarschaftsbeirats
2. Haushaltswesen
Feststellung und Entlastung für den Jahresabschluss 2009 "DSD Landkreis Erding"
Vorlage: 2011/0859
3. ÖPNV/Regionalbusverkehr
Entwicklung und Einführung eines Integrationssystems für Echtzeitdaten (ISE)
im Regionalbusverkehr durch den MVV
Vorlage: 2011/0920
4. ÖPNV/Regionalbusverkehr
Jahresfahrplan 2012 - Änderung
Vorlage: 2011/0927
5. ÖPNV/Regionalbusverkehr
Jahresfahrplan 2012 - Ausweitung durch Spätfahrten auf ALT
Vorlage: 2011/0930
6. ÖPNV/Regionalbusverkehr
Angebotsausweitung auf der Linie 569
Ausschreibung zum Fahrplanwechsel Dezember 2012
Vorlage: 2011/0934
7. Bekanntgaben und Anfragen
 - 7.1. Energetische Nutzung der Kreismülldeponie Sollach - Anfrage von KRin Bendl
 - 7.2. Flugrouten - Anfrage von KR Schmidt

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 26.09.2011



1. Information über die Arbeit des Nachbarschaftsbeirats

LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende begrüßt Frau Huther, die Vorsitzende des Nachbarschaftsbeirats und bittet sie, über die Tätigkeit des Nachbarschaftsbeirats und des Arbeitsausschusses zu berichten.

Büro des Landrats
BL

Frau Huther bedankt sich für die Einladung. Anhand einer Präsentation erinnert sie, der Nachbarschaftsbeirat sei ungefähr zeitgleich mit dem Beschluss der Gesellschafter für die Planung einer 3. Start- und Landebahn entstanden. 2005 habe der Nachbarschaftsbeirat zum ersten Mal getagt.

Hintergrund war bereits die Einbindung des Umlandes in die Planungen, um Kompromisse in Einzelfragen zu erreichen. Sie betont, der Nachbarschaftsbeirat habe keine Funktion, über eine 3. Start- und Landebahn zu entscheiden.

Der Nachbarschaftsbeirat sei aus dem schon bestehenden Gremium „Flughafenforum“ heraus entstanden. Er setzt sich zusammen aus 24 Gemeinden, den beiden Landräten aus den Landkreisen Erding und Freising, derzeit noch einem Vertreter der Bürgerinitiativen (dem Vertreter der Schutzgemeinschaft - nachdem vier Vertreter ausgeschieden sind), der FMG, dem Regionalen Planungsverband und je einem Vertreter aus der Wirtschaft (Lufthansa, Handwerkskammer, Flugsicherung, Deutsche Gewerkschaftsbund und IHK). Jeder Vertreter habe eine Stimme. Sie als Vorsitzende habe keine Stimme.

In der Geschäftsordnung des Nachbarschaftsbeirates sei als Ziel eine verbindliche Vereinbarung mit der FMG festgelegt. Als vorbereitendes nicht beschließendes Gremium sei ein Arbeitsausschuss bestimmt worden, der aus neun Mitgliedern (Vorsitzende, FMG, zwei Landräte, Vertreter der Schutzgemeinschaft Erding-Nord, Freising und Umgebung und besonders betroffene Gemeinden (Freising, Berglern, Oberding und Hallbergmoos) besteht. Er kann seine Vorstellungen nur dem Gesamtnachbarschaftsbeirat zur Abstimmung vorlegen.

In den letzten sechs Jahren habe es durch die FMG Informationen über den Planungsprozess im Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren gegeben. Diese Infos seien auch auf der homepage www.nachbarschaftsbeirat.de eingestellt.

Im Weiteren sei auch über die Grundfragen des Flughafenausbaus, über den Bedarf, die Notwendigkeit einer Kapazitätserweiterung auf 120 Flugbewegungen, die Lage und Länge einer 3. Start- und Landebahn diskutiert worden.

Die Kommunen haben beschlossen, im Nachbarschaftsbeirat nicht mehr über die 3. Start- und Landebahn reden zu wollen, weil sich die FMG bei den Grundfragen nicht kompromissbereit gezeigt habe. Die Mehrheit des Nachbarschaftsbeirates habe dann auch beschlossen, dass eine 3. Start- und Landebahn abgelehnt wird.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Aufgrund des Beschlusses der Kommunen beschränkt sich die Tätigkeit des Nachbarschaftsbeirats auf die Fragen Verkehrsinfrastruktur im Flughafenumland und dem Umlandfond.

2011 haben noch während des Raumordnungsverfahrens die Bürgerinitiativen (mit Ausnahme der Schutzgemeinschaft) ihren Austritt erklärt.

Zum Thema Verkehrsinfrastruktur Straße und Schiene seien gemeinsame Resolutionen zur Schienen- und Straßenverkehrsanbindung im Umland beschlossen und weiterverfolgt worden. Es haben Sitzungen mit den zuständigen bayerischen Ministern und der Obersten Baubehörde und Gespräche des Arbeitsausschusses mit dem Ausschussvorsitzenden des Bayer. Landtags und ein Gespräch einer Delegation mit Bundesverkehrsminister Tiefensee stattgefunden.

Als Ergebnis dieser Gespräche und des Drängens sei festgestellt worden, dass die Fortführung der Verkehrserschließung im Umland ein gemeinsames Interesse des Umlandes, des gesamten Nachbarschaftsbeirats und auch der FMG sei.

Es sei erreicht worden, dass der Freistaat Bayern hinsichtlich des S-Bahn-Ringschlusses die Planung und die Vorfinanzierung mit 40 Mio € übernommen habe.

Zudem habe es Zusagen hinsichtlich entgegenkommender staatlicher Förderung bei Straßen in kommunaler Trägerschaft gegeben. Inwieweit, in welcher Summe und welchem Anteil sich die staatliche Förderung auswirken wird, wird sich zeigen, wenn die Anträge gestellt werden. Bisher sei der Landkreis Freising mit den Planungen zur Westtangente soweit, dass Förderanträge gestellt werden können. Auch hier wird der Nachbarschaftsbeirat versuchen, eine möglichst hohe Förderung zu erreichen.

Ergebnis der Verhandlungen war auch, dass der Umlandfond der FMG auch für Förderungen kommunaler Verkehrsprojekte genutzt werden kann. Es konnten auch Fortschritte bei einigen in den Resolutionen genannten Projekten, z.B. bei der Fertigstellung der FTO, erreicht werden. Frau Huther denkt, ohne Drängen des Nachbarschaftsbeirats wäre die Fertigstellung noch später gewesen.

Frau Huther erklärt zum Umlandfond, die Gesellschafter der FMG haben zugestanden, dass 100 Mio € in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren, gerechnet ab 2009, aus Mitteln der FMG projektbezogen für Infrastrukturprojekte der Kommunen (kommunaler Straßenbau und sonstige kommunale Infrastruktur) und für kommunale und für individuelle Härtefälle gezahlt werden sollen. Es müsse weiterhin ein Zusammenhang des Projekts mit dem Bau der 3. Start- und Landebahn gegeben sein. Es sei auch wichtig festzustellen, dass der Umlandfond nicht von einer Zustimmung zu einer 3. Start- und Landebahn oder dass gegen den Bau politisch und rechtlich vorgegangen wird, abhängig sei. Sie betont, die Situation sei anders als in Wien, die oft als großes Beispiel genannt wird. Die Kommunen haben dort erreicht, dass die Kommunen Dauerleistungen bekommen. Sie bekommen diese aber nur,

wenn sie zugesagt haben, gegen einen Ausbau des Flughafens nicht zu klagen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Die Kommunen fordern weiter, dass unabhängig von einer 3. Start- und Landebahn Zahlungen aus dem Umlandfond erfolgen, weil bis zu diesen Planungen einer 3. Start- und Landebahn sehr viel im Rückstand geblieben sei.

Im Weiteren verweist sie auf den Beschluss vom 16.08.2008. Es sei über die Grundfrage entschieden worden, wer antragsberechtigt sein solle, um für Projekte Mittel aus dem Umlandfond zu bekommen.

Der Nachbarschaftsbeirat hat beschlossen, dass Landkreise, in denen mehr als 100 Bürger von einem Lärmgrenzwert von mehr als 55 dB(A) und Gemeinden, in denen Bürger und/oder Gemeindeflächen von einem Lärmgrenzwert von mehr als 55 dB(A) beim Bau einer 3. Start- und Landebahn betroffen sein werden, antragsberechtigt sein sollen.

Sie fügt hinzu, wer beim Bau der 3. Start- und Landebahn betroffen sein wird, richtet sich im Augenblick danach, was sich nach den Planfeststellungsunterlagen der FMG an Betroffenenheiten ergibt.

Es habe auch eine Lösung gefunden werden müssen, dass die Antragsberechtigung nicht unbeschränkt weit geht, sonst würden nicht nur die im Nachbarschaftsbeirat vertretenen Teilnehmer, sondern auch die Landkreise Dachau, Landshut, Ebersberg und viele Gemeinden am Umlandfond teilnehmen wollen.

Zudem sei der Lärmgrenzwert von 55 dB(A) eine rechtliche Grenze. Deshalb dieser gewählte Beschluss, der die am meisten Betroffenen für antragsberechtigt erklärt. Dies sei eine schwierige Situation, weil im Nachbarschaftsbeirat auch Kommunen Mitglied seien, die nicht antragsberechtigt sind, obwohl sie bei den Beschlüssen mit stimmen, aber nie Geld bekommen können. Einen gewissen Ausgleich wird es über Projekte der Landkreise geben, die sich über die Kreisumlage auswirken können.

2008 habe die FMG zugestanden, für Planungsarbeiten an der Westtangente Freising und der Nordumfahrung Erding je 5 Mio € zur Verfügung zu stellen, die sofort abgerufen werden können.

Am 10.02.2010 sei bezüglich der Verteilung des Umlandfonds ein weiterer Beschluss gefasst worden. Es sei den Kommunen ein besonderes Anliegen gewesen, dass sich die FMG vorweg verpflichtet, 100 Mio € zur Verfügung zu stellen. Die FMG sagt, dies sei der Höchstbetrag und Auszahlungsvoraussetzung sei ab Baubeginn einer 3. Start- und Landebahn. Für jedes Jahr ab Planfeststellung kommen zu den nicht abgerufenen Mitteln weitere 10 Mio € hinzu (ab 2009 pro Jahr 10 Mio € mehr), die für den Umlandfond bereits zur Verfügung stehen, aber erst ausgezahlt werden, wenn der Baubeginn zur 3. Start- und Landebahn erfolgt. Im Februar 2010 sei festgelegt worden, dass der Betrag von 10 Mio € auch für die Herstellung der beiden Objekte verwendet werden könne.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Als weiterer Punkt nach der Verpflichtungserklärung der FMG sei die Erklärung der Kommunen der Landkreise Erding und Freising dazu gekommen, dass sie weiter Dauerleistungen fordern, weiter die 3. Start- und Landebahn ablehnen, aber auch, für den Fall eines positiven Planfeststellungsbeschlusses und darüber hinausgehend des Baus einer 3. Start- und Landebahn Vorsorge treffen wollen, um möglichst viel für die Bürger zu erreichen. Es sei beschlossen worden, es sollen 50 Mio € für die Straßenverkehrsinfrastruktur aus dem Umlandfond fließen, davon insgesamt (jeweils unter Einschluss der 5 Mio € Planungsmittel) 26,6 Mio € für Projekte des Landkreises Freising und 23,4 Mio € für Projekte des Landkreises Erding.

Als weiteren Schritt sollen die Projekte Westtangente Freising und Nordumfahrung Erding eine Höchstförderung bis 90 % der staatlich förderfähigen Kosten erhalten, so dass ein gewisser Anteil bei den Landkreisen bleibe.

Der Landkreis Freising habe für die Westtangente Freising eine Höchstgrenze von 13,5 Mio € angesetzt.

Der zunächst letzte Beschluss vom 24.11.2010 beinhaltet zusätzlich zur Förderung der Westtangente Freising und Nordumfahrung Erding die Westtangente Moosburg und eine Spange zwischen Berglern und Eitting, die für die besonders betroffene Gemeinde Berglern erreichen soll, wenn der Lärm aus der Luft nicht vermindert werden könne, dass zumindest der Straßenverkehr Richtung Flughafen auf Dauer gesehen nicht durch die Gemeinde führen solle. Es sei eine Höchstförderung vorgesehen (Höchstbetrag von 4 Mio €). Auch Grundstücksankäufe seien aus den jeweils 5 Mio € „Planungsmitteln“ möglich. Aus den für den Landkreis Freising vorgesehenen 5 Mio € werden demnächst für Grundstücksankäufe Mittel angefordert.

Ende 2010 sei an den Arbeitsausschuss der Auftrag ergangen, die Verteilung der Mittel für sonstige Infrastrukturprojekte von Kommunen und für die Härtefälle anzugehen.

Diese Bemühungen bezüglich der Verkehrsinfrastruktur Mittel zu bekommen, seien eine Daueraufgabe. Derzeit gibt es Bemühungen, eine Einigung über die Förderung Erdinger Ringschluss herbeizuführen.

Die Verhandlungen zur Verteilung für sonstige Infrastrukturprojekte und für Härtefälle werden besonders schwierig und demnächst zu behandeln sein. Es muss geklärt werden, welche Kriterien maßgebend sein sollen, nachdem die FMG einen „Bezug“ zur 3. Start- und Landebahn voraussetzt. Weiter wird die Frage zu klären sein, welcher Betrag aus den 50 Mio €, die die FMG derzeit zugesteht, soll für Härtefälle Einzelner ausgewiesen werden.

Frau Huther denkt, es wäre wichtig, wenn die Bürgerinitiative bei der Frage „Härtefälle“ mitmachen würde. Ihre Bemühungen waren bisher erfolglos.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Sie fasst zusammen, der Nachbarschaftsbeirat bietet dem Flughafenumland die Möglichkeit, sich uneingeschränkt weiter rechtlich und politisch gegen eine 3. Start- und Landebahn zu wenden und daneben die Möglichkeit, für den Fall des Baus so viel wie möglich für die Kommunen und die Bürger im Umland zu erkämpfen.

Der Vorsitzende sichert zu, die Präsentation in die Mappen der Ausschussmitglieder verteilen zu lassen.

Kreisrat Schmidt denkt, es sei gut, dass die Gemeinden und die beiden Landkreise im Nachbarschaftsbeirat vertreten sind und zusammen eine gemeinsame Haltung zur 3. Start- und Landebahn vertreten und auch bei der Haltung bleiben. Es sei schwer zu vermitteln, dass der Umlandfond, bis auf die 10 Mio € Planungskosten, erst zum Tragen kommt, wenn die 3. Start- und Landebahn gebaut wird, weil die Belastungen, die die Bürger in den beiden Landkreisen haben, jetzt schon massiv seien und durch die 3. Start- und Landebahn noch erhöht werden. Die Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen seien Maßnahmen, die schon beim Bau der 1. und 2. Startbahn hätten angewendet werden müssen. Insofern sollte der Nachbarschaftsbeirat ermuntert werden, sich weiter einzusetzen und alles zu tun, um alle Entscheidungsträger zu überzeugen. Natürlich sei es auch Aufgabe der Bürgermeister und Landräte, falls der Worst Case eintritt, zu schauen, was im Einzelfall erreicht werden könne.

Gleichzeitig müsse gefordert werden, dass bei all den Verhandlungen es nicht sein kann, dass es 100 Mio € gibt und nicht mehr. Die Summe müsse erhöht werden. Es kosten nicht nur die Verkehrsprojekte viel Geld. Wenn der Ringschluss noch dazu kommt, bleibt von den 100 Mio. € nicht mehr viel übrig.

Sein Wunsch an den Nachbarschaftsbeirat sei, dafür zu sorgen, dass die Verknüpfung an die 3. Start- und Landebahn wegfällt. Der Flughafen trotz seiner positiven Auswirkungen habe ganz massive negative Auswirkungen, es fehlt an der Infrastruktur an allen „Ecken und Enden“.

Der Vorsitzende weist darauf hin, Ringschluss, Staatsstraßen, Bundesstraßen, FTO haben nichts mit dem Umlandfond zu tun. Das seien die Ergebnisse der Forderungen, die als unmittelbar notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gefordert werden. Der Umlandfond sei nur für kommunale Projekte. Es wäre falsch, wenn die FMG die Aufgabe von Bund oder vom Freistaat bezüglich des Verkehrs auf Straße oder Schiene übernehmen würde. Es gibt zwei Projekte, die vorangestellt worden sind. Die bisherigen Planungskosten für die Nordumfahrung seien zu 100 % in Rechnung gestellt worden. Es gibt auch die Möglichkeit, mit diesen Finanzmitteln auch den Grunderwerb zu tätigen.

Zur FTO merkt er an, sie hätte nicht schneller verwirklicht werden können, der Hinderungsgrund sei die Rechtsgrundlage gewesen.

Frau Huther gibt dem Vorsitzenden Recht, die Bemühungen müssen weiter gehen, über die 100 Mio € mehr zu erreichen und dass die Förderung unabhängig von der 3. Start- und Landebahn sein müsse. Mit den 10 Mio € stehen bereits Mittel für die Planungen von Projekten zur Verfügung.



Kreisrätin Bendl wünscht sich Informationen über die Härtefälle Einzelner inwieweit darüber im Nachbarschaftsbeirat schon gesprochen worden sei.

Frau Huther antwortet, darüber sei noch nicht gesprochen worden. Diese Frage sei aufgeschoben und wird kommen. Für den Nachbarschaftsbeirat sei diese Frage ein schwieriges Problem, Lösungen zu finden.

Kreisrat Wiesmaier stellt fest, es darf nicht aufgehört werden, die Belastungen einzufordern. Es müsse seitens der Kommunen und Landkreise jede Gelegenheit wahrgenommen werden, auf die Betroffenheiten hinzuweisen und Dinge einzufordern.

Er möchte im Nachbarschaftsbeirat auch darauf hinwirken, dass es der FMG nicht gelingt, die 3. Start- und Landebahn von der Gesamtbetroffenheit loszukoppeln. Ohne 1. und 2. Startbahn hätte es auch keine 3. Startbahn gegeben. Er sei dem Landrat dankbar, dass er den Umlandfond (damals Flughafentaler) restriktiv gefordert hat.

Die Frage bezüglich der Härtefälle kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Er stellt fest, die Umlandgemeinden haben erhebliche Einschränkungen im Bereich der Bauverbotszonen, der Entwicklungen z.B. bei den Einschränkungen in der Höhenlage bei der Windkraft, etc. Es werden Gemeinden grundsätzlich von dieser Energieform ausgeschlossen, aufgrund der Situation, im Flughafeneinzugsgebiet zu sein. Es stellt sich die Frage, wer verantwortlich sei, dass diese Energieform im Flughafenumfeld nicht generiert werden kann. Auch hier sei die FMG gefordert.

Der Nachbarschaftsbeirat sei „ein Sprachrohr nach oben“. Wirtschaftsminister Zeil sei des Öfteren schon darauf hingewiesen worden, den Focus in unsere Region zu stellen. Es kann nicht sein, dass die Region in einer guten wirtschaftlichen Entwicklung gesehen wird, aber die Gemeinden nicht wissen, wie sie die Infrastruktur finanzieren sollen (im Kindertagesstättenbau, bei den Aufgaben, die durch den Zuzug kommen, etc.). Das schaffen die Gemeinden alleine nicht. Es sei eine große Diskussion im Bereich der Härtefälle zu führen. Er hofft, einiges Positive erreichen zu können.

Kreisrat Huber äußert, die 3. Start- und Landebahn werde nicht verhindert werden können. Deshalb sollten die Kommunen so viel wie möglich an Förderung herausholen. Er habe gelesen, dass die 3. Start- und Landebahn für den Frachtverkehr gebaut wird, müsste mehr Augenmerk auf die Infrastruktur, den Straßenbau, auch überregional, gelegt werden.

Frau Huther merkt an, das Ziel des Nachbarschaftsbeirates war immer, für den Bereich Verkehrsinfrastruktur (auch Umfahrung Taufkirchen/Vils, etc.) Förderungen zu erhalten.

Der Vorsitzende stellt fest, Bund, Land und die Stadt München seien Gesellschafter der FMG. Der Flughafen als Unternehmen habe aber auch eine Erschließungspflicht mit der Anbindung an überregionale Verkehrsadern. Er denkt, der Umlandfond müsse einen Beitrag leisten, wenn der Flughafen weiter entwickelt werden soll.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Deswegen legt Hauptgeschäftsführer Dr. Kerkloh immer wieder Wert auf die Schienenanbindung, denn auch er stellt fest, dass eine 3. Start- und Landebahn kapazitätsmäßig nichts nützt, wenn die Passagiere, das Personal nicht weggebracht werden können. Dieser Sondersituation müsse auch mit Sondermitteln Rechnung getragen werden.

Kreisrat Hofstetter stellt fest, jeder Bauantrag, der im Landkreis gestellt wird, wird genehmigt, wenn die Erschließung gesichert sei. Nur beim Flughafen sei das nicht so.

Er verweist auf die „Kreisdaten Landkreis Erding 2010“ vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München. Es sei zu sehen, dass Gemeinden wie Eitting, Berglern und Oberding Zuwachsraten von 400 % bis 500 % haben. Er fragt, ob im Nachbarschaftsbeirat auch über strukturelle Themen gesprochen wird.

Frau Huther merkt an, für jede Gemeinde sei die Planungshoheit „eine heilige Kuh“. Im Nachbarschaftsbeirat sei darüber nicht geredet worden. Dann wäre sofort der Fall, dass man nicht mehr zusammen agieren könne, sondern einer gegen den andern ausgespielt wird. Es wird versucht, gemeinsam eine Lösung zu finden, die manches berücksichtigt, aber nicht darüber geredet wird.

Der Vorsitzende stimmt dem zu. Er bedankt sich bei Frau Huther für die Anwesenheit und spricht sein Lob für ihre Tätigkeit als Vorsitzende im Nachbarschaftsbeirat über die vielen Jahre aus.

2. Haushaltswesen
Feststellung und Entlastung für den Jahresabschluss 2009
"DSD Landkreis Erding"
Vorlage: 2011/0859

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage.

Kreisrätin Seeger fragt, warum sich der große Unterschied von einem Jahresgewinn 2008 von 94.609,71 € und einem Jahresverlust 2009 von 27.626,67 € ergeben hat.

Herr Helfer erinnert, der Kreistag habe in der Sitzung am 21.12.2009 beschlossen, dass Forderungen des Landkreises mit den Rücklagen des BgA „DSD“ verrechnet werden. Aus der Verrechnung heraus sei eine Kapitalertragssteuer von rd. 100.000 € zu zahlen gewesen. Diese Summe habe sich 2009 negativ ausgewirkt.

Der Vorsitzende bringt daraufhin folgenden Beschluss zur Abstimmung:

StrVU/0065-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, den Jahresabschluss 2009 „DSD Landkreis Erding“ mit folgenden Abschlusszahlen festzustellen und die Entlastung zu erteilen:

Jahr 2009	
Bilanzsumme	100.174,01 €
Jahresverlust	27.626,67 €

Der Jahresverlust ist auf die neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

**3. ÖPNV/Regionalbusverkehr
Entwicklung und Einführung eines Integrationssystems
für Echtzeitdaten (ISE) im Regionalbusverkehr durch den MVV
Vorlage: 2011/0920**

Der Vorsitzende erklärt zur versandten Vorlage, durch die Einführung eines ISE (IntegrationsSystem mit Echtzeitdaten) würde sich eine verbesserte Fahrgastinformation und eine Verbesserung in den Anschlusssicherungen zwischen den Bussen ergeben.

Er fragt Herrn Gutt, ob damit auch Fahrgastzahlen überprüft werden können.

Herr Gutt antwortet, das sei nicht möglich. Es kann z.B. die Pünktlichkeit der Busse überprüft werden, wann und wo ein Bus gefahren sei, ob eine Fahrt durchgeführt wurde, ob Umleitungen gefahren werden mussten, etc.

Der Vorsitzende ergänzt, diesbezüglich gebe es immer wieder Nachfragen. Mit dem ISE könnten diese Anfragen relativ schnell überprüft werden. Zudem sei es eine Vorbereitung auf das Fahrgastinformationssystem, bei dem langfristig geplant wird, dass vom Handy oder Internet aus Fahrtrouten geplant und bis hin zu Umsteigebeziehungen gewährleistet werden.

Für die Fahrgäste wäre die Einführung eine Qualitätsverbesserung und ein Attraktivitätsgewinn. Er denkt, die Einführung sei sinnvoll, geht aber nur, wenn alle Beteiligten mitmachen.

Herr Gutt fügt an, der Landkreis Fürstentfeldbruck habe die Einführung des ISE bereits beschlossen.

Der Vorsitzende ergänzt, auch der Landkreis Freising habe eine Einführung signalisiert.

Kreisrätin Seeger denkt, die Einführung sei eine Investition in die Zukunft. Sie verbindet damit auch die Hoffnung, dass die „Blauen Anzeigetafeln“, dann auch besser funktionieren.

Herr Gutt erklärt, das Problem sei die Zeitnähe. Zum Beispiel bricht bei einem Personenschaden bei der S-Bahn ein großes System zusammen. Ausfälle seien zum Teil nachvollziehbar. Es gibt aber einen Newsletter bei der S-Bahn, der auf den PC oder aufs Handy geladen werden kann. Innerhalb von Minuten könne man sich über Störungen auf einer Linie informieren.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende denkt, das neue System wäre eine deutliche Qualitätsverbesserung. Es wird aber nicht alles innerhalb von Sekunden geregelt werden können.

Kreisrat Wiesmaier äußert, die Einführung könnte eine große Chance sein, Fehler nachvollziehbar und den ÖPNV besonders für die Jugendlichen attraktiver zu machen. Er hofft, dass auch die anderen Landkreise mitmachen.

Kreisrat Schmidt meint, für Jugendliche sei das ein tolles Medium. Es darf aber darüber hinaus die Kommunikation mit den anderen Kunden nicht vernachlässigt werden. Auch für ältere Fahrgäste, die damit Schwierigkeiten haben, müsse der Service sein.

Er weist bei jeder Diskussion darauf hin, dass auch die Infos an der Haltestelle nicht nur über Internet und Handy laufen dürfen, sondern auch lese- und behindertengerecht sein müssen.

Es werden hier große Investitionen getätigt. Trotzdem müsse das Unternehmen aufgefordert werden, auch den normalen Kunden zu bedienen.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Hinweis.

Herr Gutt berichtet, es gibt einen Versuch der Deutschen Telecom, dass auf dem Land Fahrplandaten mit Bildschirm dargestellt werden können.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass auf einem Bildschirm z.B. die Schriftgröße geändert werden könnte, usw. Ältere Fahrgäste werden aber oft nicht so gut mit dem Internet umgehen können, deshalb wäre eine Bedienung dann auch schwierig.

Er bittet, nochmals zu intervenieren, ob im MVV-Bereich eine andere Schriftgröße auch an den bisherigen Fahrplantafern möglich wäre. Die Situation sei immer noch nicht zufriedenstellend gelöst.

Kreisrat Mehringer stellt fest, zur Grundinvestition mit 35.000 € müssen für den Betrieb ca. 50.000 € im Haushalt eingestellt werden, um das System auf dem Laufen zu halten.

Herr Gutt sagt, wenn alle Landkreislinien in das System aufgenommen würden, wäre diese Summe erforderlich. Es wäre möglich, mit einzelnen Linien zu beginnen. Es können wichtige Linien, wie z.B. die Linie 512, oder auch nur einzelne Linien aufgenommen werden.

Kreisrat Mehringer denkt, der Nutzen sei nur, wenn alle Linien erfasst werden.

Der Vorsitzende meint, zunächst sollte die Entscheidung getroffen werden, das System einführen zu wollen. Im weiteren Schritt sei dann zu entscheiden, mit welchen Linien es umgesetzt werden sollte. Bei den ALT würde er die Einführung nicht empfehlen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Mehringer fragt, ob es nach der Einführung einen Zwischenbericht geben wird. Dies sichert **der Vorsitzende** zu.

Kreisrat Peis denkt, die Investition sei wichtig, weil Infos zeitnah und genau zur Verfügung stehen. Er spricht sich für die Einführung aus.

Er wünscht, dass geprüft wird, ob künftig auch weitere Verbesserungen hinsichtlich der Information bezüglich der Fahrgastzahlen mit dem Programm möglich seien.

Der Vorsitzende stimmt der Überprüfung zu, ob Auswertungen bezüglich der Fahrgastzahlen möglich wären. Damit gäbe es eine Möglichkeit, auf Veränderungen, z.B. bei einem Rückgang der Fahrgäste, schnell reagieren zu können.

Kreisrat Hofstetter äußert, der Anteil des Landkreises mit rd. 147.000 € sei angemessen, ihm geht es aber darum, „dass es kein Fass ohne Boden wird“, denn auf dem Land sei es wichtig, dass Angebote aufgrund der Kosten nicht zurückgenommen werden, sondern bleiben bzw. ausgeweitet werden.

Der Vorsitzende verweist auf die folgenden Tagesordnungspunkte, in denen eine Ausweitung der Linien und Fahrtenpaare zu beraten sei.

Kreisrätin Seeger denkt, die ALT sollten schon auch mit angebunden werden.

Herr Gutt sagt, bei den Linienbussen sei die Einführung kein Problem, bei kleineren Fahrzeugen dagegen schon. Ein Taxiunternehmer müsste z.B. alle Taxis umrüsten, weil nicht feststeht, welches Taxi eine Fahrt übernimmt. Eine Einführung des ISE auf ALT könne erst dann geprüft werden.

Kreisrat Huber fügt an, die Investition sei wichtig für die Zukunft. Für ihn wäre es wichtig, wenn mit dem ISE auch die Fahrgastzahlen ermittelt werden könnten. Ihn interessiert wie diese Zahlen bisher ermittelt werden.

Herr Gutt antwortet, die Fahrgastzahlen werden wie bisher vom MVV alle drei Jahre ermittelt.

Nach kurzer Diskussion schlägt **der Vorsitzende** schlägt vor, zu prüfen, ob es Zusatzmodule gibt.

Kreisrat Peis ist der Meinung, die ALT seien nicht das Problem, weil sie nach Bedarf fahren.

Daraufhin formuliert **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag:

StrVU/0066-14

Der Landkreis beteiligt sich an der Umsetzung eines ISE durch den MVV und empfiehlt, die Gelder in den Haushalten 2012 und 2013 entsprechend zur Verfügung zu stellen.

Sofern im Jahr 2011 noch Zahlungen zu leisten sind, können diese über die auf der HH-Stelle 7911.6551 bis zum dort bereitgestellten Betrag erfolgen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

4. ÖPNV/Regionalbusverkehr Jahresfahrplan 2012 - Änderung Vorlage: 2011/0927

Der Vorsitzende verweist auf die Änderungen auf den Linien 445 und 5670 mit Kosten von rd. 16.000 € pro Jahr, die im versandten Vorlagebericht vorgeschlagen werden.

Kreisrätin Seeger denkt, wenn auf der Linie 5670 alle Stationen angefahren werden, würde der Bus nach dem Fahrplan im „Zick-Zack“ fahren, z.B. Hörlkofen, Walpertskirchen, Ringelsdorf, Kirchötting, Wörth, usw.

Herr Gutt weist darauf hin, bei einem ALT könne aufgrund der unterschiedlichen Abrufe kein fester Fahrplan, sondern nur ein Zeitfenster vorgegeben werden. Jede Fahrt kann anders sein. Die Darstellung im Fahrplan sei so angegeben, wenn das ALT an jedem Haltepunkt einen Fahrgast haben würde. *Er sichert aber eine nochmalige Überprüfung zu.*

Kreisrätin Bendl weist darauf hin, dass bei der Linie 445 nur die Abfahrtszeiten und nicht die Rückfahrten als Anlage mit versandt worden sind.

Herr Gutt stellt fest, es sei eine Seite verkehrt kopiert worden.

Er erklärt, in der Sitzung am 30.05.2011 sei beschlossen worden, eine Spätfahrt (Theaterfahrt) auf der Linie 445 einzuführen. Diese Fahrt kann durch den Unternehmer nicht mehr angeboten werden. Er sei nicht bereit, ein Kleinfahrzeug anzuschaffen. Deshalb sei die letzte Fahrt im Fahrplan gestrichen worden.

Kreisrätin Eichinger fragt, ob die Theaterfahrt auf der Linie 445 doch schon zwischenzeitlich eingeführt werden könnte und nicht erst zur nächsten Fahrplanänderung. Nach der Ausschreibung wäre die Einführung bereits in einem halben Jahr möglich.

Herr Gutt erklärt, wenn der Unternehmer die Theaterfahrt fahren würde, kommt er über die Fahrereinsatzzeiten hinaus. Es müsste ein Fahrerwechsel erfolgen. Die Kosten würden deutlich teurer. Bei der Theaterfahrt würden ein oder zwei Fahrgäste mitfahren.

Der Vorsitzende erklärt, Änderungen und Umstellungen seien jeweils zum Fahrplanwechsel vorgenommen worden. Ein Extradruck würde wieder Kosten verursachen. Nachdem erst eine Ausschreibung durchgeführt werden müsse, sollte die Maßnahme nicht vorgezogen werden, weil dies auch gegenüber anderen Maßnahmen ungerecht wäre.

Kreisrätin Eichinger merkt an, Bürgermeister Borgo habe sie gebeten zu fragen, ob die Bedienung mit einer Linie oder einem ALT in den Morgenstunden zum Gewandhaus Gruber in Erding von Moosstetten – Harthofen – Forstern möglich wäre, weil Auszubildende diese Fahrt nutzen würden. Bisher gibt es von 8.30 Uhr bis 10 Uhr keine Bedienung.

Der Vorsitzende erinnert sich an ein Gespräch am Rande einer Bürgerversammlung. Der Landkreis habe sich aber bei der Bedienung von Fir-

men eindeutig positioniert. Sollten es viele Fahrgäste sein, könnte eine Bedienung geprüft werden, ansonsten sei es schwierig.



Nach kurzer Diskussion bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

LANDKREIS
ERDING

StrVU/0067-14

1. Von der Änderung bei der Linie 445 wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der MVV wird beauftragt, die neue Linie 5670 entsprechend dem vorgelegten Fahrplan auszuschreiben und zum Fahrplanwechsel 2013 einzuführen.

Büro des Landrats
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

5. ÖPNV/Regionalbusverkehr
Jahresfahrplan 2012 - Ausweitung durch Spätfahrten auf ALT
Vorlage: 2011/0930

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage. Es sei versucht worden, ein zusätzliches Angebot zu unterbreiten.

Kreisrätin Eichinger begrüßt den Vorschlag und bedankt sich für die Eicherloher Bürger.

Kreisrat Peis bittet zu prüfen, ob auf bestimmten Linien eine kurze Fahrzeitverschiebung möglich wäre, damit Auszubildende mitfahren können.

Herr Gutt fragt, bei welchen Linien Bedarf sei.

Kreisrätin Eichinger bittet, die Situation mit Bürgermeister Borgo zu besprechen.

Der Vorsitzende sichert eine Überprüfung zu, wobei es bei einem Einzelfall schwierig sei, darauf zu reagieren.

Er bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

StrVU/0068-14

Die Ruftaxilinen 5680 und 5311 werden verschmolzen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

6. ÖPNV/Regionalbusverkehr
Angebotsausweitung auf der Linie 569, Ausschreibung zum Fahrplanwechsel Dezember 2012
Vorlage: 2011/0934

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und die geplanten Verbesserungen für Eitting, eventuell auch mit einer externen Beteiligung. Er schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt deshalb im nichtöffentlichen Teil zu beraten.

Damit besteht allgemein Einverständnis.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

7. Bekanntgaben und Anfragen

7.1 Energetische Nutzung der Kreismülldeponie Sollach - Anfrage von KRin Bendl

Kreisrätin Bendl erinnert an den Antrag der ödp-Fraktion vom 17.06.2011 bezüglich der energetischen Nutzung der Deponie Sollach.

Der Vorsitzende berichtet, eine eventuelle Nutzung müsse erst noch geprüft werden. Er erinnert, das Grundstück gehört dem Freistaat Bayern. Im Mietvertrag seien entsprechende Konditionen enthalten, wonach eine zusätzliche Nutzung auch eine zusätzliche Pacht bedeuten würde. Nach der Prüfung wird der Antrag im Ausschuss behandelt werden.

7.2 Flugrouten - Anfrage von KR Schmidt

Kreisrat Schmidt berichtet, im Stadtrat Erding sei über die oft massiven Abweichungen von den Flugrouten diskutiert worden.

Er fragt, ob auch im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt dargestellt werden könnte, inwieweit die Abweichungen signifikant seien oder es sich nur um Einzelfälle handelt.

Der Vorsitzende erklärt, es gibt Unterlagen und Diagramme, in denen jede Flugbewegung dargestellt wird. Er sichert zu, diese Unterlagen zu besorgen. Näheres könne auch bei der Flugsicherung (DFS) erfragt werden.

Kreisrat Biller berichtet, er habe in der Stadtratsitzung diesen Punkt angesprochen. Es wird eine Stellungnahme an die Stadt Erding geben.

Kreisrat Schmidt denkt, es sollte sich auch der Landkreis mit dem Thema beschäftigen, weil es nicht nur die Stadt Erding betrifft, sondern auch andere Kommunen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben beendet **der Vorsitzende** den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.30 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte